

Zeitschrift: Energeia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2010)
Heft: 1

Artikel: "Noch zu wenig Spannung im Markt"
Autor: Kägi, Matthias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-638736>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Noch zu wenig Spannung im Markt»

Walter Steinmann zieht Bilanz über ein energiegeladenes Jahr. Der Direktor des Bundesamts für Energie (BFE) umreisst zudem wichtige Geschäfte im 2010, in dem das Amt einen runden Geburtstag feiert.

Walter Steinmann, das Jahr 2009 hat nichts weniger als eine neue Ära der Schweizer Stromwirtschaft eingeläutet. Wie beurteilen Sie im Rückblick den Beginn der Marköffnung?

Technisch haben wir frühzeitig einen guten Stand erreicht und den Übergang in die neue Ära problemlos geschafft. Schwierigkeiten gab es bei der Kommunikation primär der Strombranche und problematisch waren auch die Anpassungen der Stromversorgungsverordnung, welche man um fünf vor zwölf, sprich im Dezember 2008, in aller Eile nachschieben musste. Daraus ergaben sich Unsicherheiten bei den Konsumentinnen und Konsumenten. Es sind nun erste Entscheide der Elektrizitätskommission (ElCom) da, die den Weg weisen, auch wenn dieser noch lang ist, da diese Entscheide richterlich überprüft werden. Es gilt insgesamt klar festzuhalten: Kein Land führte eine Neuordnung des Elektrizitätsmarkts problemlos ein. Man muss mit Startschwierigkeiten rechnen. Es handelt sich um Anpassungen; wir alle lernen, uns im neuen Umfeld zu bewegen und uns auf die neue Marktordnung einzustellen.

Die Strompreise bleiben ein kontroverses Thema. Alarm schlägt die energieintensive Branche, welche im Zuge der Wirtschaftskrise vor Arbeitsplatzabbau wegen der

Strompreiserhöhungen warnt und moniert, der Strommarkt funktioniere nicht. Was antworten Sie diesen Kreisen?

Man muss sehen, dass ein Markt nicht immer tiefere Preise bedeutet, sondern ein Spiel zwischen Angebot und Nachfrage ist. Und auf diesem Markt müssen nun Produzenten und Konsumenten Erfahrungen sammeln, ihre Vorteile und Chancen nutzen. Die alten Monopolstrukturen sind vorbei. Die Konsumenten, auch die grossen, verlangen ihre Rechte und den Dialog. Die praktischen Erfahrungen der ersten Phase der Marköffnung zeigen, dass die erklärten Ziele, nämlich die Schaffung einer wettbewerbsorientierten und sicheren Stromversorgung mit transparenten Preisen, bis jetzt nicht erreicht worden sind. Es herrscht diesbezüglich noch zu wenig Spannung im Markt.

Der Bundesrat hat eine Revision des Stromversorgungsgesetzes bereits aufgelegt. Wo sehen Sie Schwächen der geltenden Gesetzgebung?

Erstens einmal müssen wir schauen, was bezüglich Netzkosten und Netzregulierung läuft. Wir wollen von der bisherigen kostenbasierten Tarifierung zu einer Anreizregulierung gehen. Damit muss aber auch die Qualität der Netze entsprechend definiert werden, sonst verlottern unsere Netze. Weiter soll die Unabhängigkeit der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid von der übrigen Stromwirtschaft verstärkt werden. Dann müssen wir bei den Systemdienstleistungen (Anm. d. Red: Reserveenergie zur Gewährleistung der Netzstabilität) schauen, ob hier

effektiv ein Markt spielt oder ob wir eine Andienpflicht für die Produzenten einführen müssen. Und schliesslich soll die ElCom mehr Biss und Kompetenzen bekommen. Daneben wird es auch darum gehen, dass das Parlament regelmässig über Höhe und Entwicklung der Abgaben und Leistungen an die Gemeinwesen informiert wird, die ein fester Bestandteil der Strompreise sind.

Wie schnell soll diese Revision über die Bühne gehen?

Es wird keinen Schnellschuss geben. Der Bundesrat hat festgelegt, dass unser Departement bis Anfang 2011 eine Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Stromversorgungsgesetzes erarbeitet. Das revidierte Stromversorgungsgesetz soll im Jahr 2014 in Kraft treten, gleichzeitig mit der vollen Marköffnung, die auch den Haushalten die freie Wahl ihres Stromlieferanten bringt. Dieser Schritt unterliegt dem fakultativen Referendum. Ich glaube, die zweite Stufe wird nur erfolgreich gezündet werden können, wenn wir bestimmte Optimierungen vornehmen und bis zu diesem Zeitpunkt auch den Weg der Schweizer Stromwirtschaft nach Europa gefunden haben. Denn Versorgungssicherheit wird immer mehr ein europäisches Thema und die Schweiz ist dabei keine Insel.

Die Schweiz und die EU verhandeln seit zwei Jahren über ein bilaterales Stromabkommen. Wie kommen die Verhandlungen voran?

Die Verhandlungen kommen voran. Es sind noch viele technische Details zu klären. Durch das dritte Liberalisierungspaket der EU

INTERNET

Bundesamt für Energie BFE:
www.bfe.admin.ch

haben sich indes die Bedingungen generell verändert. Wir werden uns 2010 überlegen müssen, ob das jetzige Mandat reicht, um effektiv zu einem guten Abschluss zu kommen oder ob wir eines brauchen, welches den neuen Begebenheiten mehr Rechnung trägt. Zudem müssen wir prüfen, ob sich ein Abkommen nur auf den Strommarkt konzentrieren kann oder etwas breiter formuliert sein muss.

Was heisst das konkret?

Konkret stehen die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz im Raum. Auch dort sind wir keine Insel. Es stellt sich die Frage, ob wir beispielsweise weiterhin alleine bestimmte Energieeffizienzstrategien verfolgen können oder ob wir diese nicht vermehrt enger mit der EU abstimmen

«WIR SIND BEI DER ENERGIEEFFIZIENZ EINEN SCHÖNEN SCHRITT WEITERGEKOMMEN.»

müssen. Denkbar ist auch, dass später über den Gasbereich verhandelt werden könnte. Ob bereits in diesem Paket, ist aber noch offen.

Beim Thema Versorgungssicherheit sind derzeit die geplanten neuen Kernkraftwerke eine politisch heiss diskutierte Frage. Die Stromwirtschaft tut sich bis anhin schwer damit, ein gemeinsames Vorgehen festzulegen. Warum übernimmt der Bund nicht stärker die Federführung?

Der Bund hat den Lead bei der Prüfung der Gesuche im Rahmen des Verfahrens und später dann bei der Vorbereitung der Entscheidung zu Händen des Bundesrats, des Parlaments und des Volks. Es geht nun darum, die technische Überprüfung der Gesuche möglichst frei und unabhängig zu machen. Daher ist es nicht an uns, die Koordination zwischen den Gesuchstellern herzustellen. Es ist dies die Aufgabe dieser Firmen und deren Eigentümer, also mehrheitlich der Kantone.

Für das Verfahren ist es demnach nicht störend, dass sich die Gesuchsteller bis jetzt nicht auf zwei Projekte geeinigt haben?

Zurzeit bringt der Rückzug eines Gesuches nichts. Diese Gesuche werden seriös geprüft. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) wird für die parallele Bearbeitung der drei Gesuche rund ein Jahr benötigen, so dass die drei Gutachten inklusive der Stellungnahmen der Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS) Ende 2010 vorliegen werden. Ein Rückzug eines Ge-

suchs während dieser Zeit würde nur einen minimalen Zeitgewinn bringen. Wir reden hier von wenigen Wochen. Diese fallen im Vergleich zu den 16 Jahren des ganzen Verfahrens bis zur möglichen Inbetriebnahme eines Kernkraftwerks kaum ins Gewicht.

Beim Auswahlverfahren für geologische Tiefenlager für die Lagerung radioaktiver Abfälle liegt die Federführung klar beim Bund. Welches sind bei diesem Grossprojekt im 2010 die Meilensteine?

Im Fokus stehen die Ergebnisse der sicherheitstechnischen Prüfung durch das ENSI, welches die Vorschläge der Nagra (Anm. d. Red: Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) für potenzielle Standortgebiete intensiv durchleuchtet. Auch die KNS wird Stellung neh-

men. Dann findet eine erste Anhörung bei den Kantonen und anderen involvierten Organisationen statt. Wesentlich ist, dass wir gleichzeitig die Partizipation mit den möglichen betroffenen Gemeinden und Regionen aufbauen.

Wechseln wir zum Thema Energieeffizienz, einem zentralen Pfeiler der Schweizer Energiepolitik. Hier hat sich im letzten Jahr viel getan.

Wir sind bei der Energieeffizienz in der Tat einen schönen Schritt weitergekommen. Einerseits stehen ab 2010 pro Jahr 200 Millionen Franken durch die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe bereit, welche in energieeffiziente Sanierungen und erneuerbare Energien bei Gebäuden fliessen. Das ist sehr viel Geld und wird einiges auslösen. Daneben gelten erste Bestimmungen über Energieeffizienz bei Geräten und Motoren seit Anfang 2010. Ich gehe davon aus, dass wir bereits Anfang 2011 weitere Effizienzvorschriften in Kraft setzen werden.

Weniger schnell läuft in anderen Bereichen. Was braucht es bei der Mobilität, um endlich vorwärts zu kommen?

Ich bin überzeugt, dass wir primär auf Energieeffizienz setzen müssen und mit Bonus-Systemen sowie Bestimmungen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses, wie sie in der EU laufen, den Pfad verfolgen können. Auch hier stehen für mich die EU-Zielvorgaben und der gemeinsame europäische Weg im Zentrum. Denn wir sind auch hier kein Sonderfall; wir können das Ziel erreichen und

die Autoflotte in der Schweiz in Richtung effizientere Fahrzeuge umbauen.

Bei den erneuerbaren Energien stand 2009 die Umsetzung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) für grünen Strom im Zentrum. Das System ist jedoch blockiert. Wie geht es bei diesem Geschäft weiter?

Das Parlament hat das Heft in die Hand genommen und wird versuchen, Druck abzubauen und die Warteschlange zu reduzieren. Dies indem es einerseits mehr Geld zur Verfügung stellt und auf der anderen Seite auch schaut, dass die Entschädigungen für die einzelnen Technologien deutlich reduziert werden, weil technologische Fortschritte erzielt wurden. Eine Deblockierung des KEV-Systems ist wichtig. Denn damit setzen wir ein Signal auch mit Blick auf eine mögliche Abstimmung über neue Kernkraftwerke, indem wir klar zum Ausdruck bringen, dass die Schweiz in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien alles tut, was möglich ist.

Zusätzlichen Schub für die erneuerbaren Energien gab es durch die zweite Stufe der Stabilisierungsmassnahmen. Welche wirtschaftlichen und energetischen Wirkungen konnten erreicht werden?

Wir haben noch keine Zahlen, gehen aber davon aus, dass konjunkturell eine Stimulierung stattgefunden hat. Die Massnahmen haben dazu geführt, dass sich die Leute vermehrt mit erneuerbaren Energien auseinandersetzen und mehr in diesen Bereich investieren wollen. Diese Trends sowie die Wirkungen auf die Politik und Wirtschaft werden auch 2010 anhalten.

Diese Bilanz und der von Ihnen skizzierte Ausblick zeigen, wie dynamisch sich der Energiesektor entwickelt hat. Was bedeutet das für das BFE, welches 2010 80 Jahre alt wird?

In den 80 Jahren hat sich extrem viel verändert. Vor allem in den letzten zwei bis drei Jahren. Stichworte sind dabei Strommarktliberalisierung, Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien. Aber auch die Diskussion um die Entsorgung radioaktiver Abfälle und die Versorgungssicherheit über neue Grosskraftwerke sind wichtige Themen. Bundesrat Willy Ritschard sagte einmal, unser Amt sei jenes, das primär Kilowattstunden zähle. Da sind inzwischen doch auch ein paar andere Aufgaben hinzugekommen, mit denen wir uns beschäftigen (lacht).

Interview: Matthias Kägi